



Thesenpapier des JU- Bezirksverbandes Hannover zum Thema: „Perspektiven der Biogasnutzung“

**Vorlage für die Veranstaltung „Bezirk Hannover diskutiert“ am
19. März 2011 mit Besichtigung der Biogasanlage Lenthe und
Gespräch mit Dr. Maria Flachsbarth MdB**

Prinzipiell begrüßen wir die Nutzung von Biogas als dezentrale Form der regenerativen Energiegewinnung. Zukünftig muss aber auf diesem Wachstumsmarkt vermehrt auf den Einklang von Natur und Mensch geachtet werden. Unsere bestehende norddeutsche Kulturlandschaft, die sich bislang durch eine breite Diversifikation von Anbaufrüchten und Flächennutzung ausgezeichnet hat, sollte nicht im Zuge einer weiteren sogenannten „Vermaisung“ in eine flächendeckende Monokultur verwandelt werden.

Eine Reaktion seitens der Politik ist wegen des weiterhin hohen Wachstums im Bereich Biogas dringend erforderlich. Ende 2009 wurden in Niedersachsen 875 Biogasanlagen mit einer installierten Gesamtleistung von 450 Megawatt betrieben. Aktuelle Prognosen gehen von einer Zunahme auf 1200 Anlagen mit einer installierten Leistung von 600 Megawatt Ende 2011 aus.

Durch die hohe staatliche Förderung von Biogas als regenerative Energieform in Folge des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ (EEG) ist der Anbau von „Energiermais“ außerordentlich attraktiv geworden. Dieses hat zu einer massiven Flächenkonkurrenz und Fehlallokation der landwirtschaftlichen Anbaufläche insbesondere in den von Veredelungsbetrieben geprägten Regionen im Westen des Landes geführt. Ein wichtiger Indikator dafür ist vor allem die Entwicklung der Pachtpreise. In den Veredelungsregionen ist in den letzten 5 Jahren eine durchschnittliche Zunahme in Höhe von 180 € pro Hektar zu verzeichnen gewesen. Im Osten Niedersachsens stellt sich die Situation etwas anders dar: Trotz der dortigen sehr flächenintensiven Landwirtschaft stellt Biogas im Umfeld schlechterer Böden eine interessante wirtschaftliche Alternative dar. Dieses macht deutlich, dass bei der Beurteilung von Bioenergie ein pauschaler Lösungsansatz wegen der großen lokalen Unterschiede nicht einfach sein wird. Die Vergütung für Bioenergie muss so gestaltet werden, dass durch marktwirtschaftliche Instrumente eine weitere Fehlallokation der Flächennutzung vermieden wird.

Das Hauptaugenmerk bei der anstehenden EEG-Novellierung im Jahr 2012 muss deshalb auf der deutlichen Herabsetzung der Vergütungen liegen. Die Grenzkosten für die Bioenergieerzeugung in Gebieten mit geringer Flächenkonkurrenz sollten hierbei als Orientierungsmaßstab dienen. So kann die Ansiedlung neuer Anlagen marktwirtschaftlicher gesteuert werden, die Situation in Gebieten mit hoher Flächenkonkurrenz würde hingegen entschärft werden.

Zusätzlich dazu sollten sämtliche Bonifikationen wie zum Beispiel für nachwachsende Rohstoffe und Gülle abgeschafft werden. Dies würde die Vergütungsstruktur deutlich vereinfachen und gleichzeitig verhindern, dass Anlagen nur aufgrund unterschiedlicher Bonifikationen geplant werden. Dieses wäre ein weiterer Schritt in die marktwirtschaftliche Richtung und würde die „Vermaisung“ und den „Gülle Tourismus“ eindämmen, weil für den Betrieb einer Biogasanlage insbesondere lokale Gegebenheiten in den Mittelpunkt der Planung rücken würden. Bisher wenig beachtete Energieträger wie land- und forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Biomasse aus der Landschaftspflege und Bioabfälle würden automatisch mehr in den Fokus der Bioenergieerzeugung rücken.

Eine weitere Fehlallokation ist die größenabhängige Vergütungsstruktur. Dies führt verstärkt zur Bildung von sogenannten Satteliten-Blockheizkraftwerken anstatt zur Errichtung einer zentralen Großanlage direkt am Fermenter. Durch die Streichung dieser Subvention kann eine deutlich bessere Energieeffizienz sowie eine wirtschaftlichere Nutzung von Subventionen erreicht werden.

Des Weiteren muss eine Wärmenutzung zwingend in die Genehmigungs- und Förderungskriterien aufgenommen werden, um die Energieeffizienz neuer Anlagen weiter zu erhöhen. Insbesondere durch Nahwärmenetze kann so eine günstige und lokale Wärmeversorgung gerade in kleinen ländlichen Ortschaften realisiert werden. Im Zuge einer engen Partnerschaft zwischen Betreiber und Kommune sollten auch kommunale Einrichtungen mit erhöhtem Energiebedarf wie zum Beispiel Schulen, Kindergärten und Schwimmbäder in dieses Netz eingebunden werden. So könnte der Förderungskreislauf zwischen Staat und Unternehmen bzw. Landwirtschaft zugunsten der Allgemeinheit geschlossen werden.

Als weitere kommunale Herausforderung hat sich die zunehmende Belastung der Gemeindestraßen herausgestellt, die im Zuge des Baus und Betriebs von Biogasanlagen permanentem Schwerlastverkehr ausgesetzt sind. Die Junge Union fordert deshalb, dass die Kosten für den Erhalt und die Instandsetzung direkter Zufahrtsstraßen zu Biogasanlagen in Zukunft nicht mehr von der Allgemeinheit, sondern von den Verursachern getragen werden müssen. Gleiches muss für den ländlichen Wegebau gelten, da diese Wege einer Beanspruchung durch Großmaschinen in der Regel nicht dauerhaft gewachsen sind. Folglich ist im Zuge des Genehmigungsverfahrens ein schlüssiges Verkehrskonzept als dringend erforderlich anzusehen. Die Frage der Kostenbeteiligung muss im Rahmen einer kommunalen Regelung vor Baubeginn einer Biogasanlage fixiert werden. Bei bestehenden Anlagen sind solche Regelungen ebenfalls schrittweise umzusetzen.

Im Zuge der voranschreitenden Rekommunalisierung der lokalen Stromnetze muss die Kostenverteilung für den erforderlichen Netzausbau zwingend neu justiert werden, um kommunale Stromversorger und folglich auch die Kommunen vor unüberschaubaren Risiken zu schützen. Damit sich der Vorteil der dezentralen Stromversorgung nicht zu einem Nachteil entwickelt, sind in ländlich geprägten Regionen die Anlagenbetreiber verstärkt an den erforderlichen Kosten für den Netzausbau zu beteiligen, sofern sich ihre Anlagen weitab von bestehenden Netzanschlusspunkten befinden und die Anschlusskosten als volkswirtschaftlich fragwürdig zu betrachten sind.

Um die Akzeptanz von Biogasanlagen in der Bevölkerung nicht weiter zu gefährden, aber auch um Investitionen in diesem Bereich verlässlich realisieren zu können, fordert die Junge Union vom Gesetzgeber, neue Anlagen nur auf ausgewiesenen Gewerbeflächen zu genehmigen. Gleichzeitig ist die Genehmigungsfreiheit von landwirtschaftlichen Biogasanlagen auf eine elektrische Gesamtleistung von 200kw zu begrenzen. Dadurch wird eine Weiterentwicklung bestehender Höfe ermöglicht, Investoren mehr

Rechtssicherheit gegeben und gleichzeitig ein weitreichender Emissionsschutz der Bevölkerung erreicht.

Zusammenfassung:

Die Junge Union im Bezirksverband Hannover betrachtet das EEG als sinnvolle Maßnahme zur Förderung erneuerbarer Energien. Sie sieht allerdings auch, dass im Bereich der Biomasseerzeugung zahlreiche Konflikte entstehen beziehungsweise bereits entstanden sind. Die anstehende Novellierung im Jahr 2012 muss deshalb zu Korrekturen genutzt werden, um eine Anpassung an die entstandenen Gegebenheiten zu erreichen.

Dieses bedeutet insbesondere, dass marktwirtschaftliche Instrumente auch in diesem Bereich verstärkt genutzt werden müssen. Eine generelle Kürzung der Vergütung für Neuanlagen ist deshalb unerlässlich. Hierbei sind vor allem die unterschiedlichen Bonifikationen ersatzlos zu streichen. Weiterhin sollte auch die größenabhängige Vergütung abgeschafft werden.

Die Junge Union setzt sich dafür ein, dass Kommunen im Rahmen der Bauleitplanung verstärkt Einfluss auf das Genehmigungsverfahren nehmen können. Dazu gehören feste Vereinbarungen zu den Kosten für Netzausbau- und verkehrstechnische Erschließung.

Bestehende Anlagen genießen selbstverständlich Bestandsschutz, wohl aber sollten die Kommunen die Wegebausatzungen entsprechend anpassen, um auf die erhöhte Belastung des Straßennetzes reagieren zu können.

Autoren: Thomas Tholl und Holger Rabbe

Quellen:

Rechtsfragen von Netzanschluss und Netzausbau im EEG 2009
Von Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Peter Salje
1. Fachgespräch der Clearingstelle EEG zum Thema
EEG-Netzanschluss 1 - „Novellierung des EEG und dessen Weiterentwicklung“
am 22.2.2008 in Berlin
<http://www.clearingstelle-eeg.de/files/FG1-Salje.pdf>

Perspektiven der Biomassenutzung in Niedersachsen vor dem Hintergrund sich stark
Verändernder Rohstoffmärkte
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung

Stand und Perspektiven der landwirtschaftlichen Biogasnutzung in Niedersachsen
Von Dr. Gerd Höher (NDS ML)
http://www.kuk-nds.de/bilder/web/downloads/Veranstaltungen/KuK/2010-08-26_AK_Landkreis_Osnabrueck/20100826_Dr._Hoeher_Stand_Entwicklung_Biogas_Nds.pdf

Stand und Perspektiven der Biogasnutzung in Niedersachsen
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
http://www.3-n.info/download.php?file=pdf_files/InfomaterialDownloadsBiogas/stand_biogasnutzung_nds_2008.pdf

Biomassepotentialstudie Landkreis Diepholz
Landwirtschaftskammer Niedersachsen
http://www.diepholz.de/allris/_tmp/tmp/45081036996998598/996998598/01001240/40-Anlagen/01/LK_DH_Biomassepotentialstudie.pdf